

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und kulturpolitischen
Sprechers**

Stefan Politze, MdL

zu TOP Nr. 23c

Aktuelle Stunde

Schulen schlagen Alarm! Scheitert die Inklusion?

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2970

während der Plenarsitzung vom 28.02.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Kollege Försterling, ich bin Ihnen für Ihre Rede dankbar. Aber mir bauen sich auch Fragezeichen im Kopf auf. Sie haben auf der einen Seite den Kompromiss beschworen, aber auf der anderen Seite für Doppelstrukturen argumentiert. Das finde ich ein wenig schade; denn Doppelstrukturen bringen uns nicht weiter. Und Sie haben auch nicht aufgezeigt, was Ihre Alternative zu unserem derzeitigen System wäre.

In wenigen Tagen, am 26. März 2019, jährt sich die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention zum zehnten Mal. Zehn Jahre Menschenrecht auf Inklusion weltweit! Seitdem ist viel Zeit ins Land gegangen. Die politische Diskussion war häufig zu sehr durch plakative oder voreilige Forderungen, leichtfertige Versprechungen und pauschale Vorurteile bestimmt, und das hat die konstruktive Weiterentwicklung behindert - ich wähle diesen Begriff bewusst - bzw. die Inklusion zumindest deutlich erschwert. In der Diskussion fehlte oft die fachliche Expertise. Mit dem Ergebnis können und dürfen wir nicht zufrieden sein.

Insbesondere eignet sich die Inklusion nicht als Spielfeld für politische Auseinandersetzungen und Parteienstreit. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist einem Menschenrecht nicht würdig.

Seit dem 16. Januar 2018, also seit über einem Jahr, liegt uns ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Auf dieser Grundlage haben wir als Regierungsfractionen versucht, gemeinsam mit der FDP und den Grünen einen Weg zu besseren Rahmenbedingungen zu beschreiten. Die Ergebnisse der letzten Monate waren leider ernüchternd, weil es keine Rückmeldungen mehr zu dem Antrag gab. Deswegen möchte ich hier noch einmal die Einladung aussprechen, die gemeinsamen Beratungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen fortzusetzen.

Wir bekennen uns erneut dazu, dass wir zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einen breiten parlamentarischen Konsenses

benötigen und auch herstellen wollen. Darin sehen wir eine wesentliche Voraussetzung für die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz und für die Bereitschaft, in die notwendige Ausgestaltung zu investieren.

Inklusion braucht einen bildungs- und schulpolitischen Konsens sowie ein entschiedenes und verantwortliches Eintreten für ein inklusives System. Dabei sind wir auf die fachliche Expertise angewiesen und sollten sie nicht leichtfertig beiseite wischen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir müssen weitere Irritationen im öffentlichen Diskussionsprozess verhindern und die geeigneten quantitativen, aber auch qualitativen Rahmenbedingungen schaffen bzw. das fortsetzen, was wir bereits begonnen haben. Im Jahr 2014 haben wir die Studienplatzkapazitäten verdoppelt. Im Jahr 2015 haben wir die Schulsozialarbeit als Landesaufgabe anerkannt. Im Jahr 2016 haben wir mit der Schaffung von multiprofessionellen Teams, die Herr Försterling beschrieben hat, begonnen. Mit dem Haushalt 2019 haben wir dafür Sorge getragen, dass wir diesen Weg von Multiprofessionalität und Schulsozialarbeit weiter beschreiten.

Aber wir brauchen auch weiterhin differenzierte gesetzliche und untergesetzliche Regelungen, und zwar für folgende Themenbereiche: für ein wirksames Unterstützungssystem, für einen weiteren Ausbau der multiprofessionellen Teams, für einen weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit, für die notwendige Ausstattung in den Schulen, für die Klärung der Schrittfolge beim weiteren Vorgehen und für eine effiziente Aufgaben- und Rollenverteilung.

Meine Damen und Herren,

Inklusion ist, wie uns die Erfahrung lehrt, kein Nullsummenspiel, bei dem alle Förderschüler und deren Lehrkräfte nach und nach in die allgemeinen Schulen überführt werden. Nein, Inklusion ist eine Herausforderung und der Maßstab einer menschlichen Gesellschaft.

Ich will darauf hinweisen, dass uns im Rahmen des Haushalts bzw. der Mipla 1,9 Milliarden Euro für die Inklusion zur Verfügung stehen. Uns stehen pädagogische

Mitarbeiter zur Unterrichtsbegleitung in Höhe von 1 100 Vollzeiteinheiten und pädagogische Mitarbeiter in therapeutischer Funktion in Höhe von 265 Vollzeiteinheiten zur Verfügung. Die Zahl der Lehrerstunden für Sonderpädagogik ist von 8 320 Stunden im Jahr 2011 auf über 56 000 Stunden angestiegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns die Chancen nutzen, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren und zu einer gelingenden Inklusion in Niedersachsen zu kommen. Uns als Regierungsfractionen ist sehr daran gelegen, mit FDP und Grünen weiter darüber im Gespräch zu sein, um eine verlässliche Inklusion zum Wohle der Schülerinnen und Schüler auf den Weg zu bringen.

Herzlichen Dank.